

Meine Damen und Herren,

bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, lassen Sie mich ein paar Worte vorab sagen.

Wir erleben im Moment größere Unruhe in unserer Stadt. Der Vorschlag des Bürgermeisters, der Vorschlag der Verwaltung, die seit einiger Zeit bestehenden Haushaltsprobleme nun energisch anzugehen und Problemlösungen nicht in die Zukunft zu verschieben, beschäftigt viele. Wir haben vorgeschlagen, das strukturelle Defizit der Stadt anzugehen mit dem Ziel, im Jahr 2020 einen Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben herbeizuführen. Der Ausgleich soll zum einen durch Kürzungen auf der Ausgabenseite erfolgen. Dazu haben wir uns seit Monaten in der Verwaltung, in der Politik mit vielen Details beschäftigt und einiges auch auf den Weg gebracht. Auch heute werden wir uns unter TOP 3 und 4 mit der Frage beschäftigen: Was haben wir schon getan? Wo gibt es noch Möglichkeiten, Ausgaben zu reduzieren?

Der Ausgleich soll aber auch – und das macht uns alle unruhig – durch massive Anhebung insbesondere der Grundsteuer B erfolgen. Eine Steuererhöhung um 2/3 ist schon sehr erheblich und hat es bei uns noch nicht gegeben. Wir liegen mit dem jetzt vorgeschlagenen Steuersatz von 725 v.H. nicht an der Spitze in NRW, aber der Sprung ist schon gewaltig.

Die Diskussion lässt keinen in Hückeswagen kalt – wie könnte es auch anders sein. Und ich freue mich darüber, dass das so ist. Wir haben eine aus meiner Sicht äußerst konstruktive und gut besuchte Informationsveranstaltung im Forum erlebt. Hückeswagener Bürgerinnen und Bürger setzen sich zusammen und überlegen gemeinsam, was man tun kann, ob nun in einer Bürgerinitiative oder in dem geplanten Workshop am 21. Februar. Heute sind Menschen auf die Straße gegangen. In Leserbriefen in den örtlichen Tageszeitungen oder in den sozialen Netzwerken wird ebenfalls intensiv diskutiert. Alles das ist aus meiner Sicht Ausdruck dessen, dass es den Hückeswagenern nicht egal ist, was hier passiert und was jetzt richtig ist. Das ist Demokratie von seiner besten Seite, wenn Menschen mitreden und mitmachen, wenn wir gemeinsam um die richtige Lösung ringen.

Viele suchen nach den Ursachen und nach dem Schuldigen für die bestehenden Probleme. Der Verwaltung oder der Politik werden Vorwürfe gemacht und uns wird Mismanagement vorgeworfen. Dieser Diskussion stelle ich mich gerne und wir müssen sie auch führen. Ich denke allerdings eher, dass es hier um grundsätzliche Probleme geht. Die Finanzstrukturen in

unserem Land passen nicht mehr zusammen. Anderenorts wird entschieden, welche Aufgaben der Staat übernehmen soll, welche sozialen Leistungen gewährt werden – und die Kommunen müssen das bezahlen.

Aber die Frage nach dem Schuldigen führt nicht weiter. Es geht darum, wie wir mit den Problemen umgehen. Aus meiner Sicht ist es unverantwortlich, Lösungen weiter in die Zukunft zu verschieben und unseren Kindern immer mehr Schulden zu hinterlassen. Was heute verbraucht wird, muss auch heute finanziert werden. Und ein Haushaltssicherungskonzept würde uns dabei überhaupt nicht helfen: Auch dann kämen Steuererhöhungen, auch in ähnlicher Größenordnung, aber verzögert. Allerdings würden wir deutlich höhere Kassenkredite aufnehmen müssen, so dass uns die Rückzahlung in Zukunft noch schwerer würde. Und wir würden unsere eigenen Handlungsmöglichkeiten verlieren.

Ich werde Ihnen im Verlaufe der Sitzung vorschlagen, keine Beschlussempfehlung zum Haushalt und zu den Steuererhöhungen zu fassen. Das sollte erst in der Ratssitzung am 26. Februar passieren. Dann haben wir die Möglichkeit, Vorschläge und Ergebnisse aus dem Workshop zu verarbeiten und ggf. zu berücksichtigen. Die Steuererhöhungen können immer nur das letzte Mittel sein; wenn wir zusätzliche Freiräume bekommen oder uns selbst verschaffen, sollten wir die selbstverständlich nutzen, um die Steuern zu reduzieren bzw. vorgeschlagenen Anhebungen zu reduzieren. Das gilt sowohl für dieses Jahr als auch noch mehr für die Folgejahre.

Einwohnerfragestunde

Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung